

ja
ei
M
m
ft
E
fc
L
se
zi
zi
L
ic
G
ei
ir
A
g
v
g
ei
a
fr
d
l
g
L
h
t
r
d
c
t
s
i
c

gasse 8, Fernsprecher 13870,
18082, 22641, Posttaarassenfont
Deherreich 80856, Uman 8.
Boonien-Persepolis 7744.
Stadtzeigstelle: L. Schuler-
trabe 11. Fernsprecher: 2926.

Anzeigen-Aannahme: Wien,
VIII., Strossig 8, Fernsprecher:
13870, 18082, 22641, Wien, L,
Schulertrabe 11, Fernsprecher:
2926, 8374, sowie bei allen An-
zeigenannahmen des In- und
Auslandes.

Kleiner Anzeiger: Wien, VIII.,
Strossigasse 8, Fernsprecher:
13870, 18082, 22641, Wien, L,
Schulertrabe 11, Fernsprecher:
2926, 8374, sowie bei allen An-
zeigenannahmen.

Einzelhefte für Wien:
Morgenblatt 14
Sonn- und Feiertage . . . 16
Nachmittagsblatt 6

R

Unabhängig

Nr. 466

Sozialistische Wiederherstellung des Einbe

Die Berichte der Generalstäbe.

Wien, 8. Oktober.

Amlich wird verlautbart:
„8. Oktober 1917.
Am 5. und 6. lebte an zahlreichen Stellen
das Artilleriefener stärker auf; besondere
Steigerung erfuhr es auf der Hochfläche von
Bainizza-Heiligengeist. Zu Infanteriekämpfen
kam es nur im G a b r i e l e a b s c h n i t z,
wo um Mitternacht italienische Vorstöße abge-
wiesen wurden.
Sonst nirgends besondere Ereignisse.
Der Chef des Generalstabes.“

Berlin, 8. Oktober.

Das Wolffsche Bureau meldet:
„Großes Hauptquartier, den 8. Oktober 1917.
Westlicher Kriegsschauplatz.
Heeresgruppe Kronprinz R u p r e c h t :
Die Kampfaktivität in Flandern lebte gestern
von Mittag bis zum Abend zwischen dem Hout-
housterwald und der Straße Menin-Oporn er-
heblich auf. Starkes Trommelfeuer ging eng-
lischen Teilangriffen voran, die sich gegen ein-
zelne Abschnitte der Kampffront entwickelten.
Die vom Gegner angeführten Sturmtruppen

Die Judenfrage.

Wien, am 8. Oktober.

Innerhalb der Wiener Christlichsozialen Partei ist
angeregt worden, der Judenfrage neue Aufmerksamkeit
zu schenken. Das soll nicht heißen, bloße platte anti-
semitische Schlagworte und Drohungen in Uebung bring-
en, es soll heißen: Aufforderung zum Studium der
wichtigsten Frage der Gegenwart und Zukunft; es soll
heißen: Nachdenken der christlichen Volkskreise über die
Entwicklung der jüdischen Wirtschafts- und Kultur-
macht zu einer Höhe, daß die wirtschaftliche und kul-
turelle Existenz der Christenwelt aufs schwerste bedroht,
vielfach schon untergraben ist; es soll heißen: Erkennen
des jüdischen Einflusses in der Welt diplomatie, in der
Kriegspolitik der Entente und in der Zeitungs-, Parla-
ments-, Finanzpolitik der Heimat; es soll heißen: Er-
fassen der ungeheueren Vermögensüberhebungen der
Kriegszeit zugunsten der Juden auf Kosten des christ-
lichen Volkes; es soll heißen: Durchscharfen der Gesamt-
bestrebungen und Einzelwinkelszüge der herrschenden
jüdischen Presse, um dann — durch solche Studien und
Erkenntnisse aufgeschwächt — nicht zu bloßen
Schimpforeien oder gar Pogromen zu gelangen, son-
dern zum Entschluß, eigene Kräfte zu wecken, eigene
Energien zu entfalten, eigene Weltanschauung tiefer
zu erfassen und ernster zu betätigen. Wir können den
Krieg nicht voll verstehen, ohne Erfassung der Juden-
frage. Wir können nicht den Frieden wahrhaft vorbe-
reiten, ohne Rechnen mit der jüdischen Macht und Welt-
anschauung. Das rechtfertigt es, die Judenfrage aufzu-
werfen, selbst wenn nicht die Tatsache des Judentums
der Kerenski, Lenin, Trotski, Tschcheidt in Rußland;
selbst wenn nicht der jüngste Aufruf des Londoner Roth-
schils zur Gründung eines Judenstaates; selbst wenn
nicht von Wilson gutgeheißene amerikanische Komitee-
beschlüsse auf Neuregelung der Stellung der Juden in
gewissen europäischen Staaten von außen her dazu auf-
fordern.

Der Weltkrieg ist im gewissen Sinne ein W i r t -
s c h a f t s k r i e g. Die von Weltkrieg auf dem Gewissen
haben, jähren selbstverständlich kulturelle, nationale
Interessen vor; aber ihre eigentlichen Entscheidungen
werden bestimmt von wirtschaftlichen Erwägungen. Das

Die Länderautonomie.

Von Hofrat Dr. Karl Dugelman.

Die Durchsicht der vierzehn Gutachten, die von
österreichischen Staatsrechtslehrern in der „Oesterreichischen
Zeitschrift für öffentliches Recht“ abgegeben wurden, hat
ein sehr widerspruchreiches Ergebnis zu Tage gefördert“;
von dem Programm möglicher Ausgestaltung und Er-
weiterung der bestehenden Länderautonomie bis zu dem
Verlangen ihrer vollständigen Aufhebung oder wenigstens
der Vernichtung ihrer gegenwärtigen Träger finden sich
Voten in den verschiedensten Abstufungen. Und neben
Reformvorschlägen mit Bezug auf die gegebenen Orga-
nismen sind mitunter auch ganz neue Konstruktionen
aufgetaucht; die Schlagworte des Einheitsstaates
und des Bundesstaates sind ausgesprochen worden,
um nichts weniger als Zielpunkte
eines neu aufzuführenden Verfassungsbaues an die Spitze
aller Erörterung zu stellen, und von den schärfsten Ein-
griffen in die bestehende staatliche Gliederung und Ge-
setzgebung sind einzelne Gutachten nicht zurückgesehen.

Dieses Auseinandergehen der Meinungen, zumal,
wo die Aufstellung von positiven Reformvorschlägen in
Betracht kommt, hat unseres Erachtens seinen vor-
waltenden Grund darin, daß die Gutachter sich vielfach
der Notwendigkeit nicht bewußt geblieben sind, an die
bestehenden Zustände anzuknüpfen, so sehr auch ein-
zelne von ihnen diese Notwendigkeit betonten.
Wenn wir nun nach dem Referate über die vierzehn Gut-
achten daran gehen, unsere eigene Meinung, soweit sie
nicht schon aus dem Referate andeutungsweise zu ent-
nehmen war, kurz zusammenzufassen, so wollen wir uns
daher vor allem vor der Gefahr hüten, den Zusammenhang
mit dem notwendigen Ausgangspunkte des gegenwärtigen
Zustandes zu verlieren.

Für unsere Antwort ist in erster Linie die
Tatsache bestimmend, daß die österreichische Länder-
autonomie, von ihren in die Jahrhunderte zurück-
reichenden Wurzeln ganz abgesehen, nur in ihrer gegen-
wärtigen Gestalt eine seit nahezu 60 Jahren in Wirk-

*) Vergl. „Reichspost“ Nr. 442, 454, 458 u. 460.